

Beilage zu Nummer 138 der Volksstimme.

Donnerstag den 15. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 14. Juni 1916.

Die „Not“ auf dem Lande.

Die Lebensmittelnot macht sich von Tag zu Tag schärfer bemerkbar und namentlich die Städte haben unter der Willkür der „Ländlichen“ Landwirte zu leiden. Kein Funke von Patriotismus und Vaterlandsliebe ist zu spüren; die Preise müssen ständig wachsen, weil eben Krieg ist. Diese Erscheinung macht in allen Gauen Deutschlands bemerkbar und interessant, was zu dieser Frage die Wiesbadener „Volksstimme“ aus der Umgebung Wiesbadens geschrieben bekommt:

„Unsere „große“ Zeit ist doch eine wunderbare Zeit. In der Stadt stundenlanges Warten vor den Verkaufsstellen, um die notwendigsten Lebensmittel zu erlangen, auf dem Lande wird noch ein wahrer Ueberfluß. Viele glauben, auch in der Stadt mit der Zeit die Schwere des Krieges sich fühlbar machen, doch weit gefehlt. Die Menge und Güte der Lebensmittel, die dort im Besitz der Erzeuger — nicht der Arbeiter — ist, sind immer noch die gleichen wie ebendort.“

Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist gewaltig. Ein Vergleich sollte geschaffen werden. Alles wartet auf die Maßnahmen des Ernährungsamts. Und sie kündigen sich an: Der Fleischwaren im Gewahrsam hat, ist zur Anzeige seiner Not lediglich für seinen Haushalt bestimmten Bestände verurteilt.“

Entmutigt schaut der Städter wieder auf von der Zeitung, die fast abertausend mal den leeren Tisch. Der Landmann aber lacht, tief Luft. Er hatte zwar Vertrauen zur Regierung, aber es hatte ihm doch etwas gebangt um seinen Speck und Schinken, um die Würste und Ränderwaren und wie die Lebensmittel alle heißen. Oft hatte er mit Mutter Rats gehalten, wo und wie man diese schönen Sachen vor den Spürnasen der Soldaten verborgen halten könnte. Es war doch in den Kellern gegangen, mit der Kiste, mit dem Sack, mit dem Mehl, da würde auch hier sicher ein Ausweg sich finden lassen.

„All die Vorräte kann kein Haushalt nicht verbrauchen, das ist unmöglich. Etwas bleibt noch für die Städter. Die Soldaten kommen — wenn sie Geld haben, viel Geld. Ich kann's nicht kaufen, denkt er in seinem „biedern Sinn“. Es ist zwar viel zu teuer, aber die Städter machen doch die Preise, nicht ich. Damit schlägt er sein mahnendes Gewissen in die Flucht.“

Nach beim Schlafengehen beratschlagen Bauer und Bäuerin, wie sie für die Volksernährung „tätig“ sein können. „Ja, glocke, Mutter, die Schweine soll'n noch beschlagnahmt werden, da will ich morgen mit der Säue losgehen, denn Schweine kann man wie noch beholen. Un Glucke seh man noch, mit der Höchstpreise für die Eier wird's doch nicht.“ „Du, Bader, wie lange wird denn der Krieg noch dauern?“ „Na, ich wet nich. Na hat uns man Hopfen, Gode Nacht!“ „Nacht, Bader!“ Und sie vergraben sich beruhigt in die Kissen.“

Die Reichsbekleidungsstelle.

Das neugeschaffene Amt gibt jetzt in längeren Darlegungen den Umfang seines Wirkungsbereiches bekannt. Die neue Bundesverwaltung bezieht hauptsächlich gleichmäßige Verteilung und Verbrauch der vorhandenen Bestände, damit bei einer so langen Dauer des Krieges kein Mangel eintritt und auch die Vorräte vorhanden sind, wenn nach Friedensschluß durch Rückkehr der Millionen von Kriegern in die bürgerlichen Berufe ein großer Bedarf eintritt. Neben der Fürsorge für die Bekleidungsbedürfnisse der Bevölkerung im allgemeinen soll die durch die Verordnungen geschaffene Reichsbekleidungsstelle Web-, Wirk- und Strickwaren für die Behörden, die öffentlichen und privaten Anstalten und ähnliche Anstalten bereitstellen, die Stoffe für die notwendigen Uniformen der bürgerlichen Beamten besorgen und die Verteilung und den Vertrieb von Ersatzstoffen fördern.

Von einer Beschlagnahme der Stoffe ist abgesehen worden, um den freien Handel nicht zu schädigen. Der Abzug hat aber eine gewisse Einschränkung erfahren und der Verkauf darf nur gegen die Vorlegung eines Bezugsscheines, um den sogenannten Rationierung zu verhindern und den Verbrauch einzuschränken, ist angeordnet, daß Fabrikanten und Großhändler nur

an solche Abnehmer Ware liefern dürfen, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, ferner, daß die gewerbmäßige Herstellung von Bekleidungsstoffen nur dann vorgenommen werden darf, wenn der Gewerbetreibende von seinen Kunden einen festen Auftrag schriftlich erhalten hat, in dem Stückzahl und Preis für jeden Gegenstand angegeben sind. Zur Sicherung der Vorräte hat jeder Gewerbetreibende, der Kleinhandel mit den von der Verordnung ergriffenen Waren betreibt, unverzüglich eine Inventur über die in seinem Besitz befindlichen Waren aufzunehmen. Hierbei sind die derzeitigen Kleinhandelsverkaufspreise unter Zugrundelegung der Preise einzusetzen, die den in der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 vorgeschriebenen Preisen entsprechen. Vor Abschluß der Inventur dürfen die Waren nicht veräußert werden. Nach Abschluß der Inventur dürfen von jeder Art der aufgenommenen Waren bis 1. August 1916 höchstens 20 v. H. nach den in der Inventur eingetragenen Preisen berechnet, veräußert werden.

Vom 1. August 1916 ab dürfen Gewerbetreibende im Kleinhandel und in der Rohstoffindustrie die von der Verordnung ergriffenen Waren nur gegen Bezugsschein an die Verbraucher verkaufen. Die Bezugsscheine sollen nur im Bedarfsfalle und auf Antrag erteilt werden; der Antragsteller muß die Notwendigkeit der Anschaffung auf Verlangen darzulegen. Unnötige Befragungen der Antragsteller werden nach den von der Reichsbekleidungsstelle aufzustellenden Grundsätzen vermieden werden. Die Bezugsscheine werden von einer durch die Landeszentralbehörden zu bestimmenden Behörde des Wohnortes des Antragstellers ausgestellt; wer auf Reisen geht, muß im Bedarfsfalle vor seiner Abreise sich den Bezugsschein beschaffen. Die Bezugsscheine sind freizügig, d. h. sie berechtigen im ganzen Deutschen Reich zum Einkauf der darauf bezeichneten Kleidungsstücke oder sonstigen Waren. Dadurch wird es ermöglicht, daß jeder Gewerbetreibende seine Kunden behält, insbesondere auch die Landbevölkerung wie bisher in den benachbarten Städten einkaufen kann.

Beschränkung der Arbeitszeit im Schuhgewerbe. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 14. Juni entsprechend den übereinstimmenden Wünschen der Verbände der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Verordnung erlassen, nach der für gewerbliche Betriebe, in denen Schuhwaren mit Leder- oder Unterböden irgendwelcher Art hergestellt werden, sofern die Zahl der gewerblichen Arbeiter einschließlich der Hausarbeiter (Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter und dergleichen) mindestens vier beträgt, die Arbeitszeit in den Werkstätten oder Fabriken für den einzelnen Arbeiter und Betrieb in der Woche 40 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten und ebenfalls nur eine entsprechend verringerte Arbeitsmenge zugewiesen werden darf. Durch diese Einschränkung soll bei der Knappheit der verfügbaren Vorräte an Leder die Arbeitsleistung vermehrt und der Entlassung zahlreicher Arbeiter vorgebeugt werden. Um Umgehungen zu verhindern, wurde weiter bestimmt, daß Personen, die in Werkstätten oder Fabriken beschäftigt sind, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes nicht übertragen werden darf, ferner, daß die Stundlöhne und Stundenlöhne nicht herabgesetzt und die Tages- und Wochenlöhne nur im Verhältnis zu der tatsächlichen Beschränkung der Arbeitszeit gekürzt werden dürfen. Die Regelung der dabei nicht in Betracht kommenden Fragen, zum Beispiel die Höhe der Entschädigung, die den Arbeitern für unverschuldeten Lohnausfall zu gewähren ist, ferner der Beiträge, welche die Unternehmer zu diesen Entschädigungen zu leisten haben, und der Bestimmungen darüber, unter welchen Umständen eine Verminderung der Zahl der Arbeiter stattfinden darf, wird durch die Kontrollstelle für freigegebenes Leder in der Weise erfolgen, daß nur solche Betriebe, welche versprechen, sich den Anweisungen zu fügen, Leder erhalten.

Angelegenheitsversicherung. Der Bundesrat hat unter dem 20. Mai d. J. mit Wirkung vom 1. August 1914 an folgendes beschlossen: Den bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Versicherten, die im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reich oder einem mit ihm verbundenen oder befreundeten Staat Kriegssoldaten- oder ähnliche Dienste geleistet haben und infolge ihrer Teilnahme am Kriege dauernd berufsuntfähig (§ 25 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte) geworden sind oder werden, ist auf ihren Antrag die Hälfte der für sie an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte entrichteten Beiträge zu erlassen. Bei freiwilliger Versicherung werden drei Viertel der eingezahlten Beiträge erlassen. Der Anspruch auf Beitragsbefreiung verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Berufsuntfähigkeit geltend gemacht

wird. Die Frist beginnt jedoch nicht vor Schluß desjenigen Kalenderjahres zu laufen, in welchem der Krieg beendet ist. Für das Versicherungsgesetz des Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Nachtarbeit in Bäckereien. Es bestanden seither Zweifel, ob das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien sich auch auf die Vorarbeiten zum Backgeschäft, wie z. B. Anheizen der Öfen u. dergl. erstreckte. Diese Zweifel sind nunmehr beseitigt. In der vom Bundesrat unter dem 20. Mai 1916 in neuer Fassung veröffentlichten Bekanntmachung über die Vereitlung von Backwaren ist ausdrücklich bestimmt, daß auch die Vorarbeiten, die zur Vereitlung der Backwaren dienen, in der Zeit von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten sind.

Aus den umliegenden Kreisen.

Von der Fleischversorgung in Hessen.

Die Landesfleischstelle gibt bekannt, daß für die gegenwärtige Verteilungsperiode (1. Juni bis 15. Juli 1916) die Höchstmenge des für den Kopf der Bevölkerung abzugebenden Fleisches auf wöchentlich 300 Gramm festgesetzt ist.

Demgegenüber macht der Oberbürgermeister von Darmstadt bekannt, daß für die Woche nach Pfingsten, also bis zum 18. Juni, für den Kopf der Bevölkerung nur bis zu 200 Gramm, für Kinder unter 5 Jahren nur bis zu 100 Gramm Fleisch für die Woche zur Verfügung stehen.

Eine recht sonderbare Bestimmung hat weiter die Darmstädter Bürgermeisterlei bekannt gegeben. Sie ordnet an, daß die Metzger von den ihnen überwiesenen Schlachtvieh, vor allem Schweinen, nur ein Drittel zu Wurst verarbeiten dürfen, den Rest aber weder einsalzen, noch sonst verwerten, sondern alsbald frisch verkaufen müssen. Wer kann den Metzger darüber genau kontrollieren, auch selbst bei Anlegung eines Kundenbuches (das Papier ist geduldet), wieviel und an wen er von dem ihm zugewiesenen Schlachtvieh alsbald verkauft oder in der Zwischenzeit zu Wurst gemacht hat. Jedenfalls dürfte hierzu wieder eine neue Bestimmung (und wir haben bekanntlich doch schon übergenug) notwendig sein.

Wie man nach den Vorkommen der letzten Zeit noch derartige Beschlüsse fassen und veröffentlichen kann, erscheint rätselhaft. Man fragt sich unwillkürlich, ob die Herren, die solche Verfügungen erlassen, selbst schon unter der ungeheuren Fleischnot gelitten haben. Jedenfalls war bei ihnen der Lich immer noch reichlich gedeckt.

Darmstadt, 15. Juni. (Geschlossene Großmehlgerei.) Wie die Polizeidirektion bekanntgibt, ist gemäß der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, dem Metzgermeister Wilhelm Seilmann hier, Hauptstraße 7, die Ausübung des Handels mit Fleisch und Fleischwaren aller Art für das gesamte Reichsgebiet verboten worden.

Darmstadt, 15. Juni. (Aus der Preisprüfungsstelle.) In der gestrigen Sitzung wurden die Kleinhandelspreise für Ruder entsprechend den Vorschlägen des Unterausschusses für Kolonialwaren reduziert. Guttauer kostet jetzt 32 Pfennig, gemahlener Ruder 32 Pfennig (geführt wird für die Folge nur eine Sorte), Viktoria-Kristallruder 34 Pfennig das Pfund. Diese neuen Preise treten Montag, den 19. Juni d. J. in Kraft. Der Preis für Kopfsalat beträgt jetzt 5-7 Pfennig das Stück, Spinat 15-20 Pfennig, und Rhabarber bis 20 Pfennig das Pfund. Für Erbsen wurden 40 Pfennig, für Wirsing bis 16 Pfennig das Pfund als angemessen festgesetzt, für Karotten 12-15 Pfennig das Bündel und für Obofrohtrabi bis 15 Pfennig das Stück. Um weitere Beschaffung von Erbsen durch die Stadt soll die Notstands-Kommission ersucht werden. — (Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise) wurde die Inhaberin der Gärtnerei Selbst in Bruchköbel durch das Amtsgericht mit 75 Mark Strafe bedacht. — Berichtete wurde, daß in Altkirchstädten kein Eierausfuhrverbot durch den Bürgermeister erlassen worden sei. Der Bürgermeister habe dort den Eierpreis auf 16 Pfennig im Großhandel festgesetzt. Die Altkirchgroßhandelspreise sind zurückgegangen, und die Unterkommision für Fleischwaren wird ersucht, dementsprechend herabzusetzen die Preise für Kalbfleisch zu ermäßigen. Die Preisprüfungsstelle

Kleines Feuilleton.

Der Name London.

London, das im Jahre 43 n. Chr. eigentlich im vollen Rechte der Geschichte gegründet wurde, und zwar als Aulus Plautius römischer Statthalter von Britannien war, leitet seinen Namen vom keltischen ab. Die Herleitung und ursprüngliche Bedeutung des Namens war lange Zeit hindurch Streitfrage. Es war fraglich, ob der Name keltisch, d. h. altwalisisch, oder belgisch-britisch, d. h. altdeutsch, benannt, der Herausgeber eines Werkes über London, glaubt, daß der Name London „die Stadt am See“ bedeute, da die Themse ehemals bei der gegenwärtigen Mündung der Hauptstadt einen See bildete. Lyn-Din wäre gleich See-Stadt. Die Anhänger der altdeutschen Theorie leiteten London von Lun-Den gleich Dain (Gebölz) ab. Viele gänzlich verfehlte Vermutungen über den Namen gaben z. B. Erasmus, der London von Lindus-Stadt, annahm, der die Gleichung London gleich Latun-Dyn, d. h. von Menschen, gab, ein anderer, der den Namen mit London, einem keltischen Fürsten, in Verbindung bringen wollte. Die Geschichte Londons geschrieben hat, führt an die Gleichung von London mit Lon = Ebene und Dun oder Don = Hügel. Manche wollten in dem Worte London die Bezeichnung für „Schiffshügel“ oder Hügel und „Lunden“ sehen. Camden leitet London von Long-Dinas, d. h. Stadt der Schiffe her, und Eliden endlich brachte es fertig, die Stadt mit dem „Tempel der Diana“ (Lun-Dien) in Beziehung zu bringen. Eine Niederlassung „Stadt am See“, d. h. mit Bäumen zu nennen, war in England häufig. z. B. Wood-Town, Woodford, Woodlands. Der Name London aber wohl ursprünglich eine Feste am See oder an der Mündung. Die Themse bildete hier, wie oben bemerkt, der Lat eine Seebucht mit Ebbe und Flut, und die Wasser umfloss die Niederung, wo jetzt Rotherhithe, Newington, Southwark und Lambeth liegen. Während des größten Teiles der keltischen Besetzung Britanniens bestand London aus zwei

Fortis, zu beiden Seiten der engsten Stelle der Themse, der sogenannten Londoner Brücke (London bridge).

Besitzen die inneren Organe Empfindungsnerven?

Ein Streit, der die medizinischen Gelehrten während der ersten Jahre dieses Jahrhunderts lebhaft beschäftigt hat, ist der nach der Empfindlichkeit der inneren Organe. Können diese Organe Schmerzen fühlen oder sind sie nicht mit Empfindungsnerven ausgestattet? Eine ganze Reihe von Beobachtungen lieferten zu diesem Problem einander scheinbar widersprechende Antworten. Schon die Erfahrungen des täglichen Lebens tun dies. Wir wissen, daß die inneren Organe, das Herz, die Lungen, der Magen, der Darm, gemäßigten Bewegungen ausführen. Trotzdem merken wir gewöhnlich von diesen Bewegungen nichts. Andererseits kennt wohl jeder die Schmerzen und Drückgefühle bei überlebendem Magen, die reichenden Schmerzen bei Darmkoliken; auch der Leber- oder Nierenleiden weiß ein Vieles von schmerzhaften Schmerzen innerer Organe zu sagen. Bei Operationen nun, die unter steriler Kontrolle durchgeführt werden, bei denen also die Patienten bei vollem Bewußtsein waren und auf sie gestellte Fragen Bescheid geben konnten, fiel es auf, wie wenig man von der nervösen Empfindung des inneren Organs brauchte, wenn man sich den inneren Organen näherte. So empfindlich die Bauchdecken und das Bauchfell gegen Einriffe sind, so unempfindlich scheinen die Eingeweide und andere innere Organe zu sein. Der schwedische Chirurg Leinhardt hat darauf die Lehre aufgestellt, daß die inneren Organe keine Empfindungsnerven besitzen, daß sie nur mit motorischen, die Bewegung regelnden Nerven versehen sind. Für die offensichtliche Tatsache, daß wir doch bei Erkrankungen innerer Organe häufig die heftigsten Schmerzen leiden müssen, gab Leinhardt die Erklärung, daß diese Schmerzen durch einen Druck der erkrankten Organe auf das so sehr empfindliche Bauchfell erzeugt würden, eine Erklärung, die jedenfalls recht ergründungen erliefen.

Wie Dr. Alfred Reumann in der „Mensch“ mitteilt, sind nun die Experimente zur Erforschung der vorliegenden Frage fortgesetzt worden. (Die Zeitschrift „Mensch“ erscheint in Frankfurt a. M. Niederrad; sie ist so gut, daß wir sie wiederholt empfehlen konnten. Auch durch die Buchhandlung „Volksstimme“ zu beziehen.) Von den Tieren, die zu Hilfe genommen und hier gefunden, daß Tiere, die für die Dauer des Genußmittels kurz narkotisiert wurden, später bei der Verletzung der Eingeweide — Nieren, Schenkel, Querschnitten — Schmerzen empfanden, die aber sofort aufhörten, wenn die Eingeweide durchschnitten wurden. Auch manche Operierte empfanden besonders in der Nähe der Blutgefäße vorgenommenen

Eingriffe Schmerzen. So hat man sich denn schließlich zu der Annahme gezwungen gesehen, daß die inneren Organe in gesundem Zustande so gut wie keine Empfindlichkeit besitzen. Daher fühlen wir auch ihre freie Arbeit im Körper kaum. (Der Doppelhoden, der stets in sein Inneres hineinhockt, bringt es freilich auch zu einer gewissen Fähigkeit in der Beobachtung dieser inneren Funktionen.) Auch bei Operationen, bei denen gesunde Organe getroffen werden, ist die Empfindlichkeit meist nicht groß, wogegen kommt, daß diese Empfindlichkeit vermutlich auch schon durch die Abkühlung dieser Teile durch die hinzutretende Luft herabgesetzt wird. Ist dagegen das Organ erkrankt, so wächst seine Empfindlichkeit, wie z. B. auch die äußere Haut bei entzündlichen Prozessen (Rundstücken usw.) auch weit empfindlicher ist, als im gesunden Zustande. Es bilden sich keine neuen Nerven, aber die Schmerzempfindlichkeit der alten Nerven steigt sich.

Das Trinkgeld des Kaisers.

Ein Mitarbeiter schreibt der „Post. Ztg.“ aus dem Felde: Wenn unsere Feinde sich bemühen, das, was der offiziöse und offizielle Mund der obersten Heeresleitung verkündete, als Lüge hinzustellen, so haben wir gelächelt, aber heute glauben wir, dem oft berufenen W. L. W. eine Unrichtigkeit nachweisen zu können. In dem Berichte über den Besuch des Kaisers in Elbing schreibt der Berichterstatter über die Straßenbahnfahrt des Kaisers: „Nachdem der Kaiser und die Herren seines Gefolges jeder sein Zehnmarkstück in den Zahlkasten geworfen hatten, beachtete sich der Kaiser zum Wagenführer, dankte ihm und überreichte ihm ein Zehnmarkstück. Zehnmarkstücke sind auch in den Zeiten, in denen wir eiserne Groschen und Sechser haben, noch immer aus Gold, das Gold aber gehört auf die Reichsbank! Und darum glaube ich nicht, daß der Kaiser dem Wagenführer ein Zehnmarkstück überreicht hat; vielmehr werden es zwei Zehnmarkstücke gewesen sein, vielleicht auch Papiergeld.“ — „Er gab ihm 10 Mark Trinkgeld“ — ging nach dem Gefühl des Elbinger Mitarbeiter nicht an, so schreibt er dem: „der Kaiser überreichte... als besondere Belohnung“, und damit das Bild noch geschlossener wird, wird die besondere Belohnung (will sagen das Trinkgeld) ein „Zehnmarkstück“.

warnt vor den hohen Reispreisen und fordert unerschütterliches Einhalten. So wurden für das Pfund Reis 2—2.40 Mark verlangt.

Schlächtern, 15. Juni. (Kind verbrannt.) In Kirschhausen geriet beim Verdonnen der Kleider der zehnjährige Martha Greubel in Brand. Das Kind erlitt dabei schwere Brandverletzungen, die nach kurzer Zeit den Tod herbeiführten.

Dauernheim, 15. Juni. (Gerettetes Kind.) Ein zweijähriges Kind, das samt seinem Wagen in die hochgehende Nidda stürzte und bereits von den Fluten fortgetragen war, wurde von einem frischeschwimmenden Franzosen unter eigener Lebensgefahr gerettet.

Aus Frankfurt a. M.

Änderungen in der Verwaltung des Frankfurter Schulwesens.

In der letzten Stadtkommunalversammlung sollte noch eine Magistratsvorlage zur Erörterung kommen, die im engsten Zusammenhang steht mit der Schaffung eines Lehrstuhls für Pädagogik an der Frankfurter Universität und die auf eine Änderung in der Verwaltung unseres Schulwesens abzielt. Der vorgerückten Zeit halber wurde die Erörterung der Vorlage bis zur nächsten Stadtkommunalversammlung vertagt. Diese Erörterung soll in vertraulicher Sitzung erfolgen. Nun bringen aber bürgerliche Blätter ausführliche Mitteilungen über die geplanten Änderungen in der Verwaltung unseres Schulwesens, und das gibt uns das Recht und die Pflicht, ebenfalls einiges dazu zu sagen. Denn die vom Magistrat gewünschte und von fortschrittlichen Magistratsfreunden beantragte vertrauliche Behandlung der Angelegenheit ist so doch nur ein Mittel, um die Sache möglichst geräuschlos zu erledigen. Aber gerade das ist es, was uns veranlaßt, etwas deutlicher zu werden. Also der Magistrat beantragt:

1. Dem Ausscheiden des Herrn Prof. Dr. Julius Ziehen am 1. Oktober 1918 aus seiner Stellung als beabschiedeter Stadtrat der Stadt Frankfurt a. M. für den Fall zuzustimmen, daß Herr Ziehen auf den Lehrstuhl für Pädagogik an der Frankfurter Universität berufen wird.
2. Für diesen Fall den Abschluß eines Vertrags mit Herrn Stadtrat Dr. Ziehen zu genehmigen und die Zahlung der darin zugesagten Pension für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 31. März 1917 mit 4875 Mark und für 1918 zu bewilligen.
3. Im Falle der Genehmigung der vorstehenden Anträge eine Wahl für die dadurch freigewordene Stelle eines beabschiedeten Stadtrats vorzunehmen, sobald die Berufung des Herrn Dr. Ziehen durch den Herrn Minister ausgesprochen ist.

Schon die Fassung dieser Anträge deutet darauf hin, daß es sich hier um einen ganz ungewöhnlichen, in der Kommunalgeschichte wohl einzig dastehenden Fall handelt. Das tritt noch klarer hervor, wenn man die Begründung dieser Anträge liest. Darin wird gesagt:

Zum Gedächtnis an ihren im Felde gefallenen Sohn Adolf haben Herr Dr. Wilhelm Zerton und seine Gemahlin der Frankfurter Universität die Summe von 800 000 Mark geschenkt mit der Maßgabe, daß die aus einem Teilbetrag von 150 000 Mark fällig werdenden Renten den Schenkern auf Lebenszeit vorbehalten bleiben. Die Einkünfte aus dem geschenkten Kapital sollen zur Errichtung eines Instituts und Lehrstuhls für Pädagogik dienen. Die Stifter legen sich hierbei von dem Gedanken leiten, daß u. a. auch die wissenschaftliche Erforschung des Schul- und Pädagogikwesens nach der wissenschaftlichen und sozialen Seite hier einer Professur für Pädagogik wichtige Aufgaben stellt, daß Fragen, wie die des Aufstiegs der Vorgesetzten oder der kulturellen Ausgestaltung des Schulwesens nach einer rein wissenschaftlichen Bearbeitung harren und daß die Verbreitung dieser Wissenschaft durch Lehrer an einer Universität für die Förderung des Schul- und Erziehungswesens überaus förderlich sein würden. Diese wissenschaftliche Arbeit in Verbindung mit der Lehrstätigkeit denken sich die Stifter um so eifriger, wenn die theoretische mit einer praktischen Tätigkeit auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens in der Person des künftigen Inhabers des Lehrstuhls vereinigt wird.

Auf lebhafteste Befürwortung der philosophischen Fakultät der Universität, die sich mit dem Stiftungsgedanken vollständig einverstanden erklärt hat, ist die Stiftung vom Senat und Großen Rat der Universität angenommen worden. Sie hat auch die landesherrliche Genehmigung erhalten. Die philosophische Fakultät hat sich auch bereits darüber schlüssig gemacht, wenn sie an erster Stelle für die Bezeichnung des neuen Lehrstuhls präsentieren will. Der Mann ist bereits in der Öffentlichkeit genannt worden: es ist Herr Stadtrat Prof. Dr. Ziehen. Herr Dr. Ziehen hat sich auch zur Annahme der Professur bereit erklärt, wenn ihm sein bisheriges Einkommen und seine bisherigen Ruhegehalts- und Witwenversorgungsansprüche sicher gestellt werden.

Zu diesem Zweck ist mit Herrn Stadtrat Dr. Ziehen ein Vertrag vereinbart worden, der in seinem wesentlichen Teil lautet:

Die Stadtgemeinde Frankfurt a. M. gewährt Herrn Prof. Dr. Ziehen vom Tage seines Austritts auf Lebenszeit eine vierteljährlich voranzahlbare Jahrespension von 8750 Mark, steigend am 1. April jedes folgenden Jahres um 250 Mark bis auf 10 000 Mark, mit der Maßgabe, daß diese Pension insofern ruht, als etwaiges hauptberufliches Dienst- oder Ruhegehalt oder anderweitige Einkünfte, die er von einer Universität oder aus Reichs-, Staats-, Kommunal- oder Privatdienst bezieht, zusammen mit dem städtischen Ruhegehalt sein bisheriges Dienst- oder Ruhegehalt von 15 000 Mark übersteigen. Sollten die Pensionsbestimmungen für die Magistratsmitglieder geändert werden, so treten an Stelle der oben genannten Höhe diejenigen der neuen Bestimmungen.

Herr Dr. Ziehen hat entsprechend dem oben dargelegten Gedanken der Schenkung und auf Grund seines bisherigen Verhältnisses zur städtischen Verwaltung sich für den Fall seiner Pensionierung unter den vorgeschlagenen Bedingungen mit Freude bereit erklärt, das Amt eines unbesoldeten Stadtrats, (mit 8 bzw. 10 000 Mark Pension! Red. d. V.) wenn die Stadtverordneten-Versammlung ihm ein solches zu übertragen geneigt sei, zu übernehmen und zunächst die städtischen Angelegenheiten des höheren Schulwesens, ferner ihm etwa sonst noch zu übertragende städtische Geschäfte, z. B. solche des Historischen Museums usw. wahrzunehmen.

Das bedingt zugleich eine Veränderung in der Verwaltung unseres Schulwesens. Und zwar ist beabsichtigt, die Verwaltung der Volksschulen, der

Mittelschulen und der Fortbildungs- und Fachschulen einem juristisch vorgebildeten Magistratsmitgliede zu übertragen. Die Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten spielen in der Verwaltung des Schulwesens eine erhebliche Rolle. Ihre Erledigung durch einen Juristen hat sich aber bisher nicht als zweckmäßig erwiesen; heißt es in der Magistratsvorlage. Die „A. M.“ plaudert auch bereits aus, wer die Verwaltung des Schulwesens usw. übertragen bekommen soll, nämlich Dr. Zuppe, „der dann, um einer Überlastung vorzubeugen, einige bisher von ihm geleitete Verwaltungszweige niederlegen möchte; u. a. würde das Jugendamt auf Stadtrat Dr. Biller übergehen. Einem an Stelle von Dr. Ziehen neu zu wählenden beabschiedeten Magistratsmitglied sollen Stadterweiterung, Tiefbauamt und Baupolizei übertragen werden. In der Verwaltung der höheren Schulen soll sich durch das beantragte Abkommen nichts ändern. Beide Deserenten für höheres Schulwesen und für das Volksschulwesen sollen sich in den Geschäften und im Verkehr im Kuratorium und in der Schuldeputation gegenseitig vertreten.“

Da im Falle der Genehmigung des Abkommens durch die Stadtverordnetenversammlung die Berufung des Stadtrats Dr. Ziehen auf den Lehrstuhl für Pädagogik gesichert sein dürfte, steht der alsbaldigen Vorbereitung der Wahl eines beabschiedeten Stadtrats an seiner Stelle nichts entgegen, heißt es am Schluß der Magistratsvorlage.

Man ersieht aus dieser Schlussbemerkung, daß die Sache wohl vorbereitet und fertig ist. Seit Wochen haben zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, der national-liberalen Partei und dem Magistrat verteilte Verhandlungen stattgefunden, wobei man sich die Zustimmung zu dieser eigenartigen Pensionierung und Neuordnung der Frankfurter Schulverwaltung gesichert hat. Dann ist mit dem Minister verhandelt worden, und nachdem man auch hier der Zustimmung sicher war, kommt man nun an die Stadtverordnetenversammlung. Ihre Zustimmung ist also eigentlich nur mehr eine Formalie.

Für heute beantragen wir uns, diese Tatsachen festzustellen; unsere sachlichen Bedenken gegen diese Neuordnung der Frankfurter Schulverhältnisse sprechen wir in einem anderen Artikel aus.

Verordnungen der städtischen Behörden zur Lebensmittelversorgung.

Am Kommissionsverlag der Buchhandlung A. A. Ruffarth hier ist soeben ein sehr nützliches und zweckmäßiges Buch erschienen, das eine Sammlung aller Verordnungen der städtischen Behörden zu Frankfurt a. M. über die Lebensmittelversorgung nach den Bundesratsverordnungen allgemeiner Art enthält. Das Buch soll ein Führer für Händler und Verbraucher sein. Es ist im Auftrag der städtischen Lebensmittelverwaltung zusammengestellt worden vom Genossen Karl Kirschner, der zugleich die städtische Kartoffelverwaltung verwaltet. Die Ausgabe A folgt 2 Mark, die Ausgabe B 1 Mark; letztere erscheint am Freitag. Sie enthält nur die zurzeit noch gültigen Verordnungen und umfaßt 10 Bogen. Die gekürzte Ausgabe B ist für die gewerbetreibenden und das Publikum bestimmt. Sie ist in allen Bureaus der städtischen Behörden für Lebensmittelversorgung, auch bei den Kommissionen und den städtischen Kartoffelverkaufsstellen, erhältlich. Eine größere Anzahl von Exemplaren sind von den Zentralbureaus für Kartoffelversorgung, Rathaus, Zimmer 302, dem der Vertrieb übertragen ist, zu beziehen. Beide Ausgaben sind auch in allen Buchhandlungen zu haben.

In dem vom Bürgermeister Zuppe geschriebenen Vorwort wird gesagt: Der Mangel einzelner und die Knappheit anderer wichtiger Nahrungsmittel nötigen das deutsche Volk, in immer härteren Maße deren Erzeugung, Verteilung und Verbrauch zu regeln. Die Arbeit und Größe der Aufgabe hat zur Schöpfung gabelreicher neuer Organisationen gezwungen, die gemeinsamen Erfahrungen zu häufigem Wechsel der getroffenen Anordnungen. Dadurch ist die Zahl der erlassenen Verordnungen und ihrer Änderungen so gewaltig angewachsen, daß sie allen Beteiligten, Erzeugern, Händlern, Verbrauchern wie den Behörden, die Verfolgung und Verfolgung außerordentlich erschwert. Eine Sammlung und systematische Zusammenfassung aller ergangenen Anordnungen erscheint daher als dringende Notwendigkeit. Vor allem haben aber alle Anordnungen der Behörden nur dann Aussicht auf mißlichen Erfolg, wenn sie von der Bürgerschaft freiwillig befolgt und von ihr selbst kontrolliert werden. In diesen ersten Zeiten darf nur das Interesse der Gesamtheit maßgebend sein; jeder einzelne muß seine Sonderinteressen zurückstellen, seine Gewohnheiten und seine Bequemlichkeit aufgeben, wo es gilt, durch eine gleichmäßige Verteilung der Güter dem gesamten Volke das Durchhalten zu ermöglichen. Deshalb muß von jedem Bürger verlangt werden, daß er seine freien Stunden demnach, um sich, seine Angehörigen und seine Angestellten mit den erforderlichen Anordnungen vertraut zu machen und den Geist der Einordnung in die große Organisation des Vaterlandes zu pflegen und zu verbreiten. Dazu dient das Buch in vorstehender Weise. Von Zeit zu Zeit werden Nachträge erscheinen, um die Sammlung auf dem laufenden zu halten.

Aus dem fünften Stock in die Tiefe. Für elektrische Aufzüge gilt die Vorschrift, daß sie nur von dem geprüften Fahrstuhlführer in Betrieb gesetzt und nur in seiner Begleitung benutzt werden dürfen. Gegen diese Vorschrift wurde im Hause Taunusstraße 47 verstoßen, wo die im fünften Stock wohnende Hausmutter einen Schließel zum Fahrstuhl hatte und ihn zu benutzen pflegte, ohne den Fahrstuhlführer Karl Schöckerer zu benachrichtigen. So fuhr sie auch am Abend des 4. Februar in ihre Wohnung hinauf. In ihrer Begleitung befand sich ein 10-jähriges Hausmädchen. Weil die beiden gleich wieder herunterfahren wollten, ließen sie die Tür zum Fahrstuhl offen. Nach einiger Zeit kamen sie aus dem Zimmer zurück, das Hausmädchen trat in die Tür zum Aufzug und — fürzte fünf Stockwerke tief in den Schacht hinunter auf die Dede des Fahrstuhls im Erdgeschoß. Schöckerer hatte inzwischen, um jemand hinaufzuführen, den Fahrstuhl heruntergeholt, indem er vom Keller aus die Steuerverriegelung außer Betrieb setzte. Seine Pflicht wäre es gewesen, erst in den Stockwerken nach den Türen zu sehen und, wenn eine offen war, den Fahrstuhl von oben herunterzufahren. Von kann es nicht anders denn ein Wunder nennen, daß das Mädchen bei dem furchtbaren Sturz mit einem Beinbruch davon gekommen ist. Schöckerer wurde vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Theaternachrichten. Die Intendanz des Schauspielhauses gibt bekannt: Das für Freitag, Samstag und Sonntag angekündigte Gesamtspiel des Berliner Lessing-Theaters kann nicht stattfinden, weil die Mitglieder dieses Theaters in einer von der Agl. Kommandantur im Berliner Stadium für Künftigen geplanten Festaufführung beschäftigt sind und diese infolge des Regenwetters auf Sonntag verschoben werden mußte. — Die Intendanz der Oper teilt mit: Frau Paula Windheuser aus Wien, die zu ihrem im April geplanten Gastspiel wegen Pfortschwierigkeiten an der Grenze nicht rechtzeitig eintreffen konnte, wird nunmehr am Dienstag den 20. Juni hier als Necha in der „Näbin“ gastieren. In der gleichen Vorstellung finden zwei Gastspiele auf Anstellung ab 1917 statt, und zwar singt Herr Karl Biegler vom Stadttheater in Hamburg den Eusebius und Herr Wilh. Ross vom Stadttheater in Mainz den Kardinal.

„Groß-Frankfurt.“ Von dem erfolgreichen Programm des Theaters „Groß-Frankfurt“ sind der urkomische Hans Wibel und

die ausgezeichnete Sängerin Betty Wink in die zweite Juni-Vorstellung übernommen worden. Das neue Programm wird von der spanischen Sängerin Dolida eingeleitet. Nach ihren raffigen Tangos folgt eine komische Vortragsreihe der drei Michels, welche die charakteristischen Nummern in einem neuen Gewande zeigen. Von den humoristischen Nummern sind noch Solen und Dames zu nennen, zwei Einaktsstücke und ausgezeichnete arabische Springer. Fritz Höfer-Schlotthauer, der bekannte Ringer Schauspieler und Karnevalist, bietet Proben seiner besten Vorträge. Eine reizende Wechselwirkung bietet das Marionettentheater Schöngelting. Der Mann Schöngelting ist bei allen großen und kleinen Verehrern der Kunst der Marionetten bestens bekannt. Aus dem umfangreichen Programm wäre noch der Schnellgelehrte Ruffin zu erwähnen und die lustige Komödie der sechs Senneis. — Vor dem Aufführung des „Kologischen Garten“. — Im Künstlerkreise liegen die heiteren Momente der Zeitung von Wilhelm Schütz große Zugkraft aus.

Vom Urlaub in den Tod. Nach langer Abwesenheit von der Heimat kehrte am Freitagabend ein 42-jähriger Landsturmmann aus Ausland zu einem mehrwöchentlichen Urlaub nach hier zurück. Abends noch wohlgenut und guter Dinge, wurde er am anderen Morgen tot in seinem Bette aufgefunden. Ein Herzschlag hatte seinen Tod ein rasches Ende bereitet. Gestern wurde der Landsturmmann unter militärischen Ehren zur letzten Ruhe beigesetzt.

Kleine Mitteilungen. Dr. Hochs Konservatorium ist uns mit: Pauline Mathilde Hecht, Schülerin der Schauspieler-Ausbildung, ist an das Stadttheater in Weh. Herr Wilh. Hecht aus derselben Klasse ist an das Stadttheater in Genua verlegt worden. — Augusten der Künstlerwahlfahrt findet am Sonntag den 24. Juni, nachmittags zwischen 4 bis 6 Uhr, in den Räumen des „Steinernen Hauses“, Braubachstraße 35, ein in künstlerischen Darbietungen statt.

Briefkasten der Redaktion.

H. W. in Hirschheim. Die Unterstützung steht Ihnen zu; die Höhe richtet sich nach der Beitragsskala, in der Sie eingetragen sind. A. A. Friedberg. Sie wollen wissen, wer die Religion des Kindes bestimmt? Meistens der Vater, manchmal auch die Mutter, das kommt ganz auf den Einfluß an, den die Ehegatten haben. Können Sie die Sache jetzt auf sich beruhen und schicken Sie Ihr Brief später in den freiesten Briefkasten.

Rehm. W. D. Wenn Sie Mitglied einer Krankenkasse sind, muß diese für die Kosten der Behandlung aufkommen.

Aus der Partei.

Rücktritt des Geschäftsführers der Dresdener „Volkszeitung“.

Unser Dresdener Parteiblatt bringt im lokalen Teil folgende Notiz: „Der bisherige Geschäftsführer der Dresdener „Volkszeitung“, H. Waldfisch, ist aus seiner Stellung ausgeschieden. Ueber den Anlaß des Ausscheidens wird den Parteigenossen noch nähere Mitteilung gemacht werden.“

Telegramme.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz.

Paris, 14. Juni. (H. A. Reichamtlich.) Die Wirtschaftskonferenz der Alliierten ist heute eröffnet worden. Beteiligt an der Konferenz, die gekommen waren, um erneut den Beweis zu bringen, daß die alliierten Regierungen in ihren Ansprüchen übereinstimmen und zu der Dauerhaftigkeit ihres Bundes Verzicht hätten. Es genügt nicht, zu sagen, es gelte auch die gründliche Bewältigung der materiellen Hilfswaffen der alliierten Völker, der Austausch ihrer Erzeugnisse und deren Verteilung auf dem Weltmarkt für die Zeit nach dem Kriege sicherzustellen.

Die schweizerische Neutralität.

Bern, 14. Juni. (H. A. Reichamtlich.) Der Nationalrat hat die Prüfung der vom Bundesrat getroffenen Maßnahmen zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz während des Krieges beendet. Der parlamentarische Ausschuss, welcher mit dem Studium der verschiedenen ökonomischen und militärischen Fragen beauftragt war, hat vollkommen die vom Bundesrat geleistete Arbeit gelobt. Nach langer Erörterung hat der Rat mit 133 gegen 8 Stimmen die Tagesordnung genehmigt, welche den Bundesrat einläßt, für seine Vollmacht unterzüglich Maßnahmen zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer zu treffen.

Zum norwegischen Generalstreik.

Kristiania, 14. Juni. (H. A. Reichamtlich.) Da der Arbeitskonflikt sich weigerte, ein Mitglied zum 6. April zu ernennen, ist im heutigen Staatsrat ein fünftes Mitglied, sowie ein stellvertretendes Mitglied ernannt worden.

Italienischer Tagesbericht.

Rom, 14. Juni. (H. A. Reichamtlich.) Am 12. Juni, An der Front von Bosina unternahm der Feind am Abend des 12. Juni nach starker artilleristischer Vorbereitung Angriffe in der Richtung auf Forni Alti, Campiglio, Ronco Gioso und Monte Bragione. Er wurde überall mit erheblichen Verlusten zurückgeschlagen. Während des gestrigen Tages schränkte sich der Feind darauf, aus zahlreichen Batterien aller Kaliber unsere Stellungen an der ganzen Front von Forni Alti bis zur Brenta, besonders im Abschnitt des Monte Bragione zu beschleichen. Unsere Truppen hielten im beständigen feindlichen Feuer tapfer stand und trieben die Infanterieabteilungen, die vorgehenden verdrängten, zurück. Im oberen Boite-Tal sind Gegenangriffe, die der Feind unternahm, von uns unter Gewinn nördlich von Bobefagno zu entscheidend abgewiesen. Im oberen Fella-Tal und im Zeebad-Tal kleine für uns erfolgreiche Zusammenstöße. Am Forno ein wichtiges Ereignis.

Lotte Türken
Hochfeine 2 Pf. Zigarette
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN
TRUSTFREI